Diskussion

M. Emile Marchand, professeur à l'Ecole polytechnique fédérale à Zurich, remercie sincèrement le Comité de la Société suisse de Statistique et d'Economie politique d'avoir bien voulu consacrer l'Assemblée générale de cette année au problème si important du vieillissement de la population suisse. Il félicite les orateurs pour leurs rapports intéressants qui permettent de se faire une excellente idée de la portée économique et sociale de ce problème.

En complément des précieux renseignements fournis par M. Ammann, il indique que les compagnies suisses d'assurances sur la vie ont majoré de 12 %, à partir du 1er janvier 1938, les primes des rentes viagères dans l'assurance de groupe, à la suite des constatations faites au sujet de la longévité des rentiers. Pour la même raison, plusieurs compagnies ont augmenté dans ces dernières années leurs tarifs de rentes viagères individuelles. En juin 1931, la «Rentenanstalt» demandait un versement de 10 459 fr. 50 pour une rente viagère immédiate de 1000 fr. sur la tête d'un homme âgé de 60 ans et, en juin 1938, elle demande pour la même rente 12 350 fr. 70, à savoir 18 % de plus qu'en 1931, 11 % par suite de la réduction du taux de l'intérêt et 7 % par suite de la réduction de la mortalité des rentiers. Pour une femme âgée de 60 ans, la «Rentenanstalt» demandait en juin 1931 un versement de 11 264 fr. 60, en juin 1938 14 139 fr. 70, attestant ainsi une augmentation en 7 ans de 26 %, à savoir 11 % par suite de la réduction du taux de l'intérêt et 15 % par suite de la réduction de la mortalité des rentières.

M. Marchand croit que le problème de l'assurance contre la vieillesse ne pourra pas être réalisé sur le terrain fédéral avant de longues années. Mieux vaut que les cantons examinent chacun pour soi les mesures qu'ils peuvent prendre à ce sujet. Il indique que la Direction des finances du canton de Zurich a la ferme intention de préparer un projet qui, si possible, devrait être soumis à la votation populaire dans le courant de l'année 1939. Ces assurances cantonales doivent-elles être établies sur la base de la capitalisation des primes ou sur celle de la répartition annuelle des charges ? M. Marchand est d'avis que le système qui convient le mieux est le système mixte, permettant d'accorder dès le début déjà des rentes aux vieillards, sans accumulation trop importante de capitaux. La solution à adopter devrait cependant se rapprocher plutôt du système de la répartition annuelle des charges que de l'autre système pour éviter que le taux de l'intérêt ne joue un rôle trop décisif. Cette solution se recommande aussi, eu égard à sa souplesse, en présence de l'incertitude concernant la réduction future de la natalité et l'augmentation de la longévité de la population.

En terminant, M. Marchand émet le vœu que tous les citoyens de notre pays n'utilisent pas les quelques années que le Créateur nous donnera de plus qu'à nos ancêtres pour barrer la route aux jeunes, mais plutôt pour travailler dans un but désintéressé au bien supérieur de notre chère patrie.

Dr. Niederer, Bern, vom Bundesamt für Sozialversicherung: Das Bundesamt ist an diesen Fragen in doppelter Beziehung interessiert: 1. Fürsorge für die früheste Jugend und für die Mutter, 2. Altersversicherung. An dieser Stelle ist die Arbeit von Frau Dr. Schwarz-Gagg über die Mutterschaftsversicherung zu erwähnen, die im Zusammenhang mit diesem Problem der Würdigung verdient.

Art. 14 des Kranken- und Unfallversicherungsgesetzes sieht eine Unterstützung für die Neugeborenen und für die Mutter vor. Diese Bestimmung hat sich überaus günstig ausgewirkt. Sie hat die Zahl der versicherten Frauen bei den Krankenkassen in einem Masse erhöht, wie man es sich nur wünschen kann, allerdings zum Schmerz der Kassen, die die Frauen den Männern gleich halten müssen, obwohl das Morbiditätsrisiko der Frau erheblich höher ist, besonders wenn man das Geburtenrisiko usw. miteinbezieht. Ebenso segensreich hat die Stillprämie gewirkt. Die Stillhäufigkeit ist dadurch bedeutend gestiegen, was von Vorteil ist für die Erhaltung der Neugeborenen.

Auch das 1931 verworfene Gesetz über die Altersversicherung sah in Art. 14 eine Begünstigung der Frau vor, in dem Sinne, dass Frauen mit mehr als fünf Kindern an die Versicherung keine Prämien zu bezahlen hatten. Es war eine Ehrung der Mutter, die also schon in jenem Gesetz vorgesehen war.

Was die Frage der älteren Arbeitslosen betrifft: Man sollte sie der Altersfürsorge zuweisen. Dies ist jedoch ein sehr schwieriges Problem in doppelter Beziehung: 1. weil die Gefahr besteht, dass dadurch die Altersgrenze, die heute im allgemeinen für die staatliche Altersfürsorge gilt, herabgesetzt werden muss. Man wird mit dem Alter weiter hinuntergehen müssen, wenn die Arbeitslosen miteinbezogen werden. Das bildet ein Präjudiz für die andere Altersversicherung. Man muss sich deshalb hüten, zu weit hinunter zu gehen. Die zweite Schwierigkeit besteht in der Höhe der Altersfürsorgeleistung, die man gewähren will. Die Kantone haben die Gelegenheit wahrgenommen, mit der Altersfürsorge ihr Armenbudget zu entlasten. Die Abgrenzung zwischen Altersfürsorge und Armenunterstützung ist schwierig, weil es viele Fälle gibt, bei denen mit der Altersfürsorge allein nichts zu machen ist und wo noch eine andere Leistung hinzutreten muss. Bundesrat Obrecht hat das Versprechen abgegeben, es müsse bei einer künftigen Verordnung oder einem Bundesbeschluss über die Altersfürsorge dem Umstand Rechnung getragen werden, dass nicht mehr eine Entlastung der Kantone stattfinden kann. Dies ist umso gerechtfertigter, als die Übergangsbestimmung zu Art. 34quater in der Finanzvorlage, wonach die Kantone verpflichtet worden wären, an diese vorübergehende Altersfürsorge einen Beitrag zu leisten, gestrichen wurde; um so mehr, als die Kantone schon durch die Arbeitslosenversicherung entlastet werden, wo sie allerdings bedeutende Beiträge leisten.

Frau Glettig, Präsidentin des Schweizerischen Hebammenvereins, knüpft an das Referat von Bundesrat Etter an, das den mangelnden Willen zum Kind dargestellt hat. Dieser Mangel ist teilweise der sozialen Lage in ganz Europa zu verdanken, zum grossen Teil aber auch der allgemeinen Bequemlichkeit. Es fehlt an Opferfreudigkeit für das Kind. Es ist nicht immer nur die soziale Lage, die ein Kind unerwünscht macht. Die Ansprüche für Wohnung, Kleidung, Sport, Vergnügen sind derart gestiegen, dass es deshalb nicht mehr rentiert, ein Kind zu haben.

Zur Frage der Interruption glaubt Frau Glettig, dass hier eine dankbare Aufgabe bestehe für die Ärzte, die die Frauen, die zu diesem Zwecke zu ihnen kommen, besser beraten sollen. Die seelischen Depressionen, die manchmal vorgeschützt werden, sind sehr oft gar nicht vorhanden. Die wirklichen Depressionen kommen später, wenn dann doch noch der Wunsch nach einem Kinde entsteht und keine Möglichkeit mehr vorhanden ist, ihn zu erfüllen.

Dr. med. A. Wächter, Zürich: Die Ausführungen von Bundesrat Etter über die Unsterblichkeit haben einen tiefen Eindruck gemacht. Man muss sich jedoch darüber klar sein, dass das ein Wunschtraum ist, dass die Dinge heute wesentlich verschieden aussehen. Der Gynäkologe sieht die Sache ganz anders. Die Frauen kommen zu ihm mit dem absoluten Willen, eine weitere Nachkommenschaft zu verhüten oder eine bestehende Schwangerschaft beseitigen zu lassen. Wenn der Gynäkologe noch so sehr auf dem Standpunkt von Bundesrat Etter steht, so kann er seiner Klientin zwar wohl einen Rat erteilen und versuchen, sie im Willen zum Kind zu bestärken, er muss sich aber im klaren sein, dass sie ihn nicht hört. Wenn er ihr den Willen nicht erfüllt, geht sie eben zum nächsten Arzt. Der einzelne Gynäkologe hat es nicht in der Hand, einen solchen Schritt zu verhüten, wenn die Frau den Entschluss gefasst hat.

In jeder Frau, auch der unverheirateten, steckt der Wille zum Kind. Ein Eingriff stellt immer einen zum mindesten psychischen Schock dar. Wenn die Frau diesen Eingriff dennoch wünscht, hat sie meistens schwerwiegende Gründe. Sie liegen vielleicht nicht bei ihr, sondern möglicherweise in der Familie, bei den Männern. Wenn von der Bequemlichkeit der Frauen gesprochen wurde, so muss man sagen, dass die Bequemlichkeit in erster Linie beim Manne liegt, denn für die Frau ist das Kind unter allen Umständen ein wunderbares Erlebnis.

Es kann nicht genau festgestellt werden, ob der Geburtenrückgang stärker durch Aborte oder stärker durch Konzeptionsverhütung verursacht worden ist. Nach Ansicht der Gynäkologen spielt aber die Konzeptionsverhütung heute eine viel grössere Rolle als der Abort. Zum mindesten in der städtischen Bevölkerung weiss heute jedes Mädchen, wie man eine Schwangerschaft zu verhüten hat. Man hat ganz zielbewusst die Regeln von Knaus-Ogino dem Volke eingeimpft, so dass es gar nicht verwunderlich ist, wenn die Ehepartner sich an dieses Gesetz halten. Wenn sie in wirtschaftlich ungünstigen Verhältnissen leben, ist es doch selbstverständlich, dass sie versuchen, die Schwangerschaft zu verhüten.

Der Wille zum Kind kann nur wachsen auf dem Wege der sozialen Besserstellung. Es ist die soziale Not, die die Leute zur Geburtenbeschränkung führt. Bei der unverheirateten Frau ist es nicht diese allein, sondern fast ausschliesslich das Motiv der Schande. Solange es noch so ist, dass die Schwangerschaft der unverheirateten Frau als Schande gilt und den wirtschaftlichen und sozialen Ruin bedeutet, solange kann man natürlich auch dort nicht den Willen zum Kinde pflanzen. Wir müssen deshalb danach trachten, dass die sozialen Grundlagen, die den Zeugungswillen hemmen, gebessert werden. Dann kommt bei jeder gesunden Frau ganz automatisch der Wille zum Kind.

Dr. Max Weber, Bern, konstatiert, dass in den gestrigen Referaten ein recht grosser Pessimismus zum Ausdruck gekommen ist, der etwas zum Widerspruch reizt. Er möchte nicht ohne weiteres Optimismus predigen. Aber der Pessimismus scheint ihm eher auf einer anderen Ebene angebracht zu sein: Weniger die Tatsache, dass nicht genug Menschen zur Welt kommen, gibt Anlass zu Pessimismus, als die Frage, was mit denen geschehen soll, die da sind. Wir müssen überhaupt etwas vorsichtig sein im Prophezeien der künftigen Entwicklung. Herr Dr. Bickel hat bereits in seinem Referat alle Reserven angebracht. Ein Laie könnte bei oberflächlicher Beurteilung aus den gestern mitgeteilten Zahlen herauslesen, dass im Jahre 1975 überhaupt kein Mensch mehr zur Welt kommen wird. Bei der Sterblichkeit ist es zufälligerweise fast genau gleich. 1975 würde niemand mehr sterben, wenn der bisherige Rückgang der Sterblichkeit weiter anhalten würde. Es ist schon mit Recht gesagt worden, dass verschiedene andere Momente zu berücksichtigen sind. Der Rückgang der Sterblichkeit ist eine Übergangserscheinung, die sicher einmal aufhört und vielleicht nachher von einer umgekehrten Entwicklung abgelöst wird. Es stellt sich die Frage, ob nicht auch der Geburtenrückgang in einem gewissen Ausmass eine Übergangserscheinung ist, die nach einiger Zeit zum Stillstand kommt, und ob es dann nicht zu einer Konsolidierung kommen kann, bei der die Erhaltung des Bevölkerungsstandes gesichert ist. Ich stelle nur die Frage und möchte sie nicht beantworten. Sie ist schwieriger zu beantworten als bei der Sterblichkeit, da der Wille des Menschen auf die Geburtenhäufigkeit einen grösseren Einfluss hat als auf die Sterblichkeit.

Zu den Ursachen des Geburtenrückgangs: Zweifellos sind geistige Ursachen vorhanden. Aber auch da müssen wir Vorsicht üben in der Interpretierung. Es ist das Wort gefallen von der «mangelnden Verantwortung». Man kann auch eine andere Auffassung vertreten. Wenn man daran denkt, wie leicht früher Kinder in die Welt gestellt wurden, ohne Rücksicht auf die Möglichkeit, sie durchzubringen und zu erziehen, ohne Rücksicht auf die Kinder selbst und auf die Mütter, so muss man sich fragen, ob das wirklich aus grossem Verantwortungsgefühl geschah. Und umgekehrt, wenn man an die grossen wirtschaftlichen Schwierigkeiten denkt, an die Kosten einer grossen Familie, die Schwierigkeit, den Kindern eine Existenz zu schaffen, wenn man nicht weiss, ob nicht auch unsere Bevölkerung und unsere Kinder einmal durch Bomben vernichtet werden: Ist es da unbedingt Verantwortungslosigkeit, wenn man das

den Kindern ersparen möchte? Ist es sinnvoll, für dieses ungewisse Schicksal möglichst viele Kinder aufzuziehen?

Daneben ist ein sehr grosses Gewicht zu legen auf die ökonomischen Ursachen des Rückgangs der Geburtenhäufigkeit. Die Industrialisierung hat ganz andere Grundlagen geschaffen für die Familie, die Familienerziehung, die Kinderhäufigkeit und damit für die Bevölkerungszunahme.

Ich möchte ferner darauf hinweisen, dass der Pessimismus noch unlängst nach anderer Seite ging. Es wurde die Frage erhoben: Kann die Schweiz 4 Millionen Menschen ernähren? Man hat das verneint und gesagt, wir hätten zu wenig Lebensraum. In offiziellen Dokumenten der Landesregierung ist das zum Ausdruck gekommen. Ist es dann logisch, wenn wir auf der anderen Seite pessimistisch sind, weil die Bevölkerungszunahme nicht weiter geht? Ich halte die These allerdings für unrichtig, dass wir die 4 Millionen nicht ernähren können. Die Schweiz könnte meines Erachtens 4½ bis 5 Millionen Menschen ernähren. Eine andere Frage ist die, ob das zu wünschen ist.

Es stellt sich die Frage, ob überhaupt eine proportionale oder progressive Bevölkerungszunahme notwendig und zu begrüssen ist. Die Natur selbst zeigt nicht überall die gleiche Fruchtbarkeit. Die Fruchtbarkeit nimmt ab mit der wachsenden Kompliziertheit der Regeneration. Je grösser die Mühe ist, die die Aufziehung erfordert, um so sparsamer wird die Natur. Auch beim Menschen zwingt die grössere Mühe der Aufziehung der Kinder zur Einschränkung der Kinderzahl. Man kann sich fragen, ob es nicht wertvoller ist, halb so viele Geburten zu haben, aber dafür zu sorgen, dass diese Kinder ein doppelt so langes Leben haben. Diese längere Lebensdauer erhöht entsprechend die Arbeitsfähigkeit. Die Kosten der Ausbildung machen sich daher besser bezahlt, wie das Herr Direktor Renggli ausgeführt hat. Aber es sollte dann auch die Möglichkeit bestehen, länger zu arbeiten und zu verdienen. Das auferlegt uns die Verpflichtung, dafür zu sorgen, dass die Verlängerung der Arbeitsfähigkeit auch ausgenützt werden kann. Heute ist gerade das Gegenteil der Fall. 40jährige haben ausserordentlich schwer, überhaupt noch unterzukommen. Von den Arbeitslosen im letzten Sommer waren 52 Prozent über 40 Jahre alt. Hier sollte auch die Hilfe des Staates einsetzen. Wenn es gelingt, mit der Verlängerung der Lebensdauer auch eine Verlängerung der Erwerbsmöglichkeit zu schaffen, werden wir vielleicht auch mithelfen können an der Lösung des Problems des Geburtenrückgangs.

Selbstverständlich bedarf es daneben sozialer Massnahmen für kinderreiche Familien und einer baldigen Verwirklichung der Altersversicherung. Doch es bleibt keine Zeit mehr, um darauf einzutreten.

Zum Schluss möchte ich noch bemerken, dass ich das, was gestern gesagt wurde, nicht einfach ablehne, aber ich möchte warnen vor einer allzu einseitigen Betrachtungsweise.

Direktor Dr. C. Brüschweiler: In eindringlicher Weise geht aus der Berechnung des Eidgenössischen Statistischen Amtes die bedeutsame Verschiebung im Altersaufbau der erwerbsfähigen Bevölkerung während des Zeitraumes von

1930 bis 1960 hervor. Nach der letzten Volkszählung standen den rund 1,1 Millionen 40- bis 64jährigen noch 1,7 Millionen 15- bis 39jährige gegenüber; die jüngere Schicht hatte ein beträchtliches Übergewicht. Im Jahre 1960 aber werden die beiden Gruppen mit voraussichtlich 1,5 Millionen gleich stark sein; das heisst, die Betriebe sind dann verhältnismässig viel mehr als heute auf Arbeitskräfte im mittleren und vorgerückteren Alter angewiesen.

Die wirtschaftliche Rückwirkung dieser Strukturwandlung liegt auf der Hand; denn da die älteren Leute nicht nur besser bezahlt sind, sondern überdies — namentlich wenn man an die Handarbeit denkt — im Durchschnitt eine geringere Leistungskapazität aufweisen als die jüngeren Jahrgänge, entsteht die Gefahr einer Produktionsverteuerung und damit einer weitern Erschwerung der internationalen Konkurrenzfähigkeit unserer Wirtschaft.

Allerdings ist zu sagen, dass die geschilderte Veralterung nur langsam vor sich geht, so dass die Wirtschaft Zeit hat, sich ihr anzupassen. Wohl rücken zunächst Leute in immer grösserer Zahl in die obere der beiden Stufen auf, und die 15- bis 39jährigen vermindern sich in zusehends stärkerem Tempo. Aber diese Bewegung in beiden Richtungen wird später abflauen und schliesslich gänzlich aufhören. Gerade weil sich die Wandlung allmählich vollzieht, wird jener erwähnten Kostensteigerung der Gütererzeugung die Spitze abgebrochen; kann doch der Unternehmer einer solchen stetigen Verteuerung eher durch Reorganisationen und Rationalisierung begegnen als einer plötzlichen.

Nach einer andern Richtung wird sich aber die Wirtschaft auf die sich radikal verschiebende Altersstruktur einstellen. Die jüngeren Arbeitskräfte werden weniger zahlreich, also seltener; darum steigt ihr «wirtschaftlicher Wert», zumal sie im allgemeinen die leistungsfähigeren sind. Ihr Arbeitslohn muss sich also erhöhen, vielleicht auf Kosten der Soziallöhne ihrer ältern Berufsgenossen.

Wie dem auch sei, jedenfalls wird im Rahmen der wirtschaftlichen Produktion dem Kostenfaktor «Arbeit» allgemein eine grössere Bedeutung zukommen. Das wiederum fördert die Einsparung an menschlichen Arbeitskräften durch intensivere Rationalisierung. Daraus ergeben sich sehr verwickelte Aspekte und ökonomische Folgen, deren Tragweite sich im einzelnen noch nicht voraussehen lässt.

Herr Direktor Renggli hat als bedenklichste Erscheinung der Überalterung bezeichnet, dass sie die Aufstiegsmöglichkeiten der jungen Generation hemmt. Einen ähnlichen Gedanken, wenn auch in etwas weniger bestimmter Form, hat Mombert geäussert, als er schrieb, dass durch die Überalterung «die ganze Entfaltungs- und Arbeitsmöglichkeit der nachfolgenden Generation schwer beeinträchtigt werden kann». Persönlich habe ich diese Auffassung früher geteilt, bin aber heute nicht mehr restlos davon überzeugt. Es mag sein, dass solche Nachteile während einer bestimmten Übergangsperiode wirksam sind. Später aber wird sich auch hier wieder ein Ausgleich vollziehen; denn je mehr ältere Leute an den obern Posten stehen, um so rascher geht der Wechsel vor sich, weil immer mehr Ausgediente durch Tod oder Pensionierung abtreten. Dazu kommt noch ein anderer Faktor. Wenn die nachrückenden Massen stets geringer werden,

so hat ein um so grösserer Prozentsatz Aussichten, an einen bevorzugten Platz zu gelangen. Zum mindesten werden dadurch die Nachteile, die die Überalterung für die Jüngeren haben kann, bis zu einem gewissen Grade kompensiert, ganz abgesehen von der allgemeinen Wertsteigerung der jungen Arbeitskraft, von der ich vorhin sprach.

Dr. A. Linder, Bern: *a)* Herr Dr. Bickel hat in seinem gestrigen Vortrage darauf hingewiesen, dass eine dauernde Gesundung der Bevölkerungsentwicklung durch die Verlängerung der Lebensdauer allein nicht bewirkt werden kann. Wie richtig dieser Gedanke ist, kann durch eine von Sauvy erdachte Berechnung gezeigt werden.

Auf Grund der ehelichen und der ausserehelichen Fruchtbarkeitsziffern des Jahres 1932 und der Sterbetafel 1929—1932 habe ich bei Berücksichtigung der Heirats- und der Scheidungshäufigkeiten eine reine Reproduktionsziffer von 0,905 erhalten.

Würden die Fruchtbarkeitsziffern in allen Altersjahren um 10,5 Prozent erhöht, so ergäbe sich bei gleichbleibender Sterblichkeit eine Reproduktionsziffer von 1. Umgekehrt: Blieben die Fruchtbarkeitsziffern dieselben wie 1932, so müssten die Sterbenswahrscheinlichkeiten um 79 Prozent sinken, damit die Reproduktionsziffer wiederum gleich 1 würde.

Die Sterblichkeit müsste also auf rund ein Fünftel des Standes von 1929 bis 1932 zurückgehen, damit die Waage zwischen Leben und Sterben ins Gleichgewicht käme, vorausgesetzt, dass die Fruchtbarkeit gleichgross bliebe wie 1932. Umgekehrt würde dieses Ziel bei gleichbleibender Sterblichkeit durch eine Erhöhung der Fruchtbarkeit um ein Zehntel ebenfalls erreicht.

Angesichts des immerhin ziemlich langsam fortschreitenden Sterblichkeitsrückganges und der verhältnismässig rasch sinkenden Fruchtbarkeit ist von der Lebensverbesserung für die Aktivierung der Bilanz zwischen Geburt und Tod wenig zu erhoffen.

b) In den meisten Fällen wird beim Studium der Überalterung einfach nur die relative Zunahme der Alten ins Auge gefasst, ohne dass man auf die zwischen den einzelnen Bevölkerungsteilen bestehenden Bindungen achtet. Es ist nun aber auch wichtig, sich zu vergegenwärtigen, in welcher Weise die Menschen in ihren gegenseitigen Abhängigkeiten durch die Lebensverlängerung und den Geburtenrückgang berührt werden. Ich beschränke mich auf einige Bemerkungen über das Verhältnis zwischen Eltern und Kindern, indem ich kurz darlegen möchte, wie sich voraussichtlich die Zahl der Waisen und die Zahl der betagten Einwohner ohne direkte Nachkommen gestalten wird, Fragen, die für Jugendfürsorge und Altersfürsorge wichtig sind.

c) Der Anteil, den die Waisen unter ihren Altersgenossen ausmachen, hängt im wesentlichen von der Sterblichkeit ihrer Eltern ab. (Siehe Alfred J. Lotka, Orphanhood in relation to demographic factors, Metron, Vol. IX, Nr. 2, p. 37 bis 109.) Nimmt in den nächsten Jahrzehnten die Sterblichkeit in den Altern 20 bis 60 weiterhin ab, so wird auch der Prozentsatz der Halb- und Vollwaisen inskünftig zurückgehen. Abgesehen von diesem Rückgang der relativen Zahl

der Waisen dürfte infolge des weiter zu erwartenden Geburtenrückganges auch die absolute Zahl der Waisen abnehmen.

d) Je mehr alte Personen ohne Kinder zurückbleiben, um so mehr werden wohl auch der Fürsorge bedürfen.

In einer Gesamtheit gleichaltriger Personen werden um so weniger ohne direkte Nachkommen bleiben, je mehr Kinder von ihnen abstammen. Der Anteil der in höherem Alter kinderlosen Personen hängt somit von der Fruchtbarkeit der betrachteten Personengruppe ab. Der Geburtenrückgang bewirkt allgemein gesprochen eine Zunahme des Anteil der alten Personen ohne Kinder.

Der Sterblichkeitsrückgang wirkt im umgekehrten Sinne. Da vor allem die Kindersterblichkeit stark abgenommen hat, erreichen mehr Kinder das Alter, in dem sie ihren Eltern eine Stütze sein können.

e) Diese Überlegungen sollen nur zeigen, dass durch genaue mathematisch-statistische Berechnungen wichtige Zusammenhänge im Werden und Vergehen der Bevölkerung abgeklärt werden können. Es bleibt eine lohnende Aufgabe, derartige Untersuchungen für die schweizerische Bevölkerung durchzuführen.

Dr. A. Schwarz, Bern, hat sich in letzter Zeit speziell mit der Altersgliederung der Fabrikarbeiterschaft befasst und dabei einige Beobachtungen gemacht, die er als kleine Randbemerkung zur Kenntnis bringen möchte: Es ist eigentümlich, zu sehen, wie stark die Überalterung in den Fabriken heute bereits ist und wie sie merkwürdigerweise schon um die Jahrhundertwende bestanden hat, zu einer Zeit, als noch niemand von der Frage der Überalterung gesprochen hat. 1901 hat einer der kompetentesten Kenner der schweizerischen Fabrikverhältnisse, Fabrikinspektor Dr. Wegmann, in der Einleitung zur Fabrikstatistik ausgeführt: «Die Sesshaftigkeit der alten Arbeiter in den Fabriken ist erstaunlich». Der Prozentanteil der älteren Arbeiter ist seither noch etwas gestiegen. Das steht im Widerspruch zu der allgemeinen Auffassung über die Fabrikarbeit. Man sagt, in der Krise werden die alten Leute herausgedrängt, sie können nicht in den Fabriken bleiben, weil das Tempo der Arbeit dermassen gestiegen ist. Glücklicherweise können aber ältere Arbeiter in den schweizerischen Fabriken noch in weitestem Masse verwendet werden. Dies ist ein tröstlicher Ausblick, der in der Richtung der Ausführungen von Herrn Direktor Renggli liegt, als er auf die enorme Anpassungsfähigkeit der Wirtschaft auf langsame Bevölkerungsverschiebungen hingewiesen hat. Ein Experiment in gigantischem Ausmasse über die Anpassungsfähigkeit der Wirtschaft erlebten wir im Weltkrieg: Die Frauen haben die schwere Arbeit der Männer übernehmen müssen. Der Wirtschaftsprozess ist nicht zum Stillstand gekommen. Und nachher hat man trotz der enormen Opfer, die der Krieg gefordert hat, von den Wirkungen dieser bevölkerungspolitischen Umwälzungen im grössten Ausmasse eigentlich relativ wenig zu spüren bekommen. Die Lücken haben sich sehr schnell geschlossen, auf bevölkerungspolitischem wie auf wirtschaftspolitischem Gebiet.

Dieser tröstliche Gedanke sollte dazu führen, die wirtschaftlichen Auswirkungen der Überalterung noch etwas genauer zu untersuchen, als es bisher geschehen ist. Die Berechnungen sind Hypothesen, die nur unter ganz bestimm-

ten Voraussetzungen zutreffen werden. Diese sind wahrscheinlich. Es müsste aber ein seltener Zufall sein, wenn sie eintreffen würden. Sicher wissen wir also nur eines, nämlich, dass die Verhältnisse im Jahre 1960 nicht genau so sein werden, wie wir sie heute berechnen.

A. Studer-Auer, Solothurn: Der Gesellschaft für Statistik und Volkswirtschaft gebührt vor allem Dank dafür, dass sie in nimmermüder Tätigkeit wissenschaftliche Arbeit leistet, die der aktiven Wirtschafts- und Sozialpolitik die Elemente liefert für ihre praktische Arbeit. Es ist nur zu wünschen, dass allseits diese Arbeit besser gewürdigt wird. So oft werden in Parlament und Öffentlichkeit Zahlen verarbeitet, die einer genauen Nachprüfung nicht Stand halten.

Alle wissenschaftliche Erkenntnis nützt aber nichts, wenn wir sie nicht irgendwie nutzbringend für Mensch und Volk zu verwenden verstehen und so ist es auch sehr zu wünschen, dass die Darlegungen über das heutige Thema sich unbedingt in der Wirtschafts- und Sozialpolitik des Landes auswirken; denn schliesslich gibt doch der Mensch der Wirtschaft Richtung und Zielsetzung und ist die wirtschaftliche Gestaltung nicht etwas Absolutes, das wir als unabänderlich zu erleiden haben.

In dem kürzlich gegründeten Bund «Für die Familie» suchen wir auf dem Boden der gestern und heute dargelegten Erkenntnisse unsere Sozialpolitik zu fruktifizieren. Es handelt sich hier um einen Bund von Familienvätern und Müttern, sowie weitern volkserhaltenden Kräften, die sich auf überparteilichem und interkonfessionellem Boden zusammenfinden, um gegenüber Gemeinden, Kantonen, Bund und Unternehmern eine positive Familien- und Bevölkerungspolitik anzustreben. Wesentlich scheint uns dabei vor allem die Schaffung von Rechtsansprüchen für den Familienvater. Unsere heutige Familienpolitik ist zu sehr und zu einseitig nur auf der Fürsorge und dem Almosen aufgebaut. Unsere Forderungen für eine gesunde Familie decken sich fast ausnahmslos mit den Postulaten, die Herr Bundesrat Etter gestern in so hervorragender Weise dargelegt hat.

Wir sind dabei auch der Meinung, dass «Für das Alter» eigentlich richtiger heissen sollte «Für die Familie»; denn es gibt nach unserer festen Überzeugung keine vollwertige Ersatzeinrichtung für die Familie und wenn wir die gesunde Familie stärken, sichern wir auch die Existenz und die alten Tage unserer Greise und Greisinnen. Das heutige Ein- und Zweikindersystem aber gefährdet auch das Alter; denn wie soll der einzige Sohn, der die einzige Tochter heiratet, wenn er in einem Haushalt einmal 4 alte Leutchen erhalten muss, noch die Möglichkeit haben, Kinder zu erziehen.

Zum Einfluss der Überalterung, bzw. des Geburtenrückganges auf den Konsum nur eine kurze grundsätzliche Bemerkung. Es scheint mir volkswirtschaftlich denn doch nicht von der gleich grossen und wertvollen Bedeutung, ob die lebensnotwendigen Bedürfnisse der nicht geborenen Kinder nur durch sogenannte Luxusbedürfnisse ersetzt werden. Die Volkswirtschaft zieht doch nicht denselben Nutzen daraus, ob man sich das Leben einfach wohler sein

lässt, der Frau teuren Schmuck kauft, oder ob wir Kinder haben, die fortlaufende Bedürfnisse an lebensnotwendigen Artikeln aller Art mit sich bringen.

Wir glauben darum ein Hauptaugenmerk darauf legen zu sollen durch Kinder- und Familienzulagen speziell für den manuellen Arbeiter bessere Lebensbedingungen für die Familie, im besondern für die kinderreiche Familie, schaffen zu sollen. Da war dieser Tage ein Spezialarbeiter bei mir, Vater von 8 Kindern, der schon 26 Jahre in derselben Fabrik arbeitet und noch in der Vollkraft seiner Arbeitsfähigkeit steht. Sein Lohn beträgt pro 14 Tage Fr. 115 bis Fr. 125. 70 Franken gehen ab für den Zins. Gehört es nicht fast zur Unglaublichkeit, dass mit diesem Lohn eine 10köpfige Familie erhalten kann, ohne die öffentliche Fürsorge in Anspruch nehmen zu müssen. Hier scheint mir darum ein ausserordentlich wichtiger Faktor für die Erhaltung der gesunden Familie zu liegen, den wir nicht übersehen dürfen. Die Frage der Kindererziehung ist neben wichtigen geistig-sittlichen Momenten vor allem auch eine ökonomische, eine soziale Frage.

Durch hinreichende Kinder- und Familienzulagen erreichen wir auch erst den Rückzug besonders der verheirateten Frau aus dem Erwerbsleben. Wir müssen für die leider viel zu oft nötige Mitarbeit der Frau am Erwerb einen Ersatz schaffen. Das wird auch zur Folge haben, dass die Frau den Mann im Erwerb weniger konkurrenziert, weniger den Lohn drückt. Mancher stellenlose Familienvater fände wohl auch wieder Verdienst.

Bedenklich im Schwinden ist sodann der Familiensinn bei uns. Wer, wie der Sprechende, oft und lange im Ausland weilte, der wird zugeben müssen, dass Familie und Kind dort mehr geachtet sind, was vor allem zum äussern Ausdruck kommt in den vielen sozialen Einrichtungen, die wir speziell in Frankreich, Belgien, Deutschland, Italien usw. finden. Diese Einrichtungen dürfen nicht nur um ihrer selbst willen betrachtet werden, sie sind auch Ausdruck einer Gesinnung und einer bereits in praktische Taten umgesetzten höheren Wertschätzung des Nachwuchses.

Ein sehr angesehener Gynäkologe sprach vor wenigen Wochen über das Thema «Arzt und Übervölkerung». Dabei sind u. a. die Worte gefallen, wenigstens in der Berichterstattung der Zeitung, dass die Schweiz unter einem Bevölkerungsdruck stehe, also zu viele Menschen hätte, ja, es ist von Bevölkerungsfanatikern gesprochen worden, wobei jene gemeint waren, die auf die Überalterung und den beängstigenden Geburtenschwund hinweisen. Ich bedaure solche Entgleisungen, besonders angesichts der Tatsachen, die uns gestern und heute dargelegt wurden, ausserordentlich, denn sie schaffen Verwirrung und ein ganz falsches Bild von der tatsächlichen Lage der Schweiz in bevölkerungspolitischer Hinsicht.

Die Schweiz ist eines der kinderärmsten Länder der Welt und dies scheint mir, im Gegensatz zu andern Meinungen, nicht ein Zeichen des Fortschrittes und der höheren Kultur, sondern ein Zeichen des Verfalles. Wenn unsere Bevölkerungsbilanz einmal passiv sein wird — und diese Zeit ist nicht mehr sehr ferne — wird es mit unserem Volk rasch abwärts gehen. Ein Volk, dessen

Lebenskraft nicht ausreicht, um sich zu erhalten und zu erneuern, ist reif für den Untergang.

Wir stehen also nicht im Zeitpunkt, wo die Predigt der Geburtenregelung und Geburtenverhütung angebracht ist. Unsere Eheleute betreiben ja bereits einen Geburtenkrieg, der, wenn es so weiter geht, die Fortexistenz unseres Volkes in Frage stellt; denn mit der gegenwärtigen Geburtenziffer vermögen wir uns nicht zu halten. Es ist wohl müssig darüber zu rechten, ob jene Fatalisten recht haben, die meinen, es könne ja nichts schaden, wenn wir bis in 100 Jahren 1 Million weniger Einwohner zählen. Wenn wir einmal auf der schiefen Ebene sein werden, wer bremst dann bei 3,5 oder 3 Millionen ab? Wenn einmal der Lebenswille in seiner Wurzel geschwächt ist, wer rüttelt ihn wieder auf? Dürfen wir diesem Niedergang tatenlos zusehen, besonders dann noch, wenn wir an die wirtschaftlichen, politischen und sozialen Erschütterungen denken, die eine solche Politik der Selbstaufgabe mit sich bringen muss.

Nicht Geburtenbeschränkung kann und darf darum die Losung der Stunde sein, sondern bessere Existenzsicherung der Familie, die als Keimzelle Volk und Wirtschaft befruchtet und erneuert und erhält. Dabei wollen wir nicht der Geburtenförderung schlechthin und um jeden Preis das Wort reden. Wir wollen nur eine verantwortungsvolle Kindererziehung, die auch die nötigen natürlichen Voraussetzungen kennt. Es braucht gewiss ein grosses Verantwortungsbewusstsein zur Kindererziehung; Verantwortungsbewusstsein, das aber auch nicht überspitzt werden darf, so dass gerade jene Kreise keine oder nur wenige Kinder haben, die vermöge ihrer ökonomischen Verhältnisse und gesundheitlichen Eigenschaften sehr wohl mehrere haben könnten.

Die Hebung des Lebens- und Fortpflanzungswillens durch soziale Einrichtungen, aber auch durch eine Vertiefung der christlichen Lebens- und Familiengrundsätze, ist dringendes Gebot der Stunde, und unser alte Gotthelf hatte durchaus recht, wenn er schrieb: «Im Hause muss beginnen, was leuchten soll im Vaterland.»

Dr. G. A. Frey: Schon im Jahre 1909, als die Statistiker in Glarus tagten, beteiligte er sich an den Verhandlungen mit einem Referat und mit einem Diskussions-Votum. Seither hat er sich ununterbrochen darum bemüht, in zahlreichen Schweizer Zeitungen, als Mitarbeiter, vermehrtes Verständnis für die Arbeiten der statistischen Ämter, wie auch der «Schweiz. Gesellschaft für Statistik und Volkswirtschaft» zu wecken, das Band zwischen Demokratie und Demographie enger zu knüpfen: beide sind schicksalsmässig darauf angewiesen, dass das Interesse der «Laienwelt» an ihnen nie erlahmt, sondern immer grösser wird. Der Votant freut sich über die gewaltigen, von den «Konsumenten» viel zu wenig gewürdigten Fortschritte, welche die Statistik in unserem Lande in den letzten Jahrzehnten gemacht hat. Mit dem Wunsche, dass die zahlenmässige Erforschung des Volkskörpers sich weiter entfalte, weist er darauf hin, dass an früheren Tagungen jeweilen instruktive Referate gehalten wurden über den Kanton, in dem die «Statistische» ihre jährliche Versammlung abhielt. Eine solche Darstellung hätte gerade dem Kanton Baselland, der heute am

Wiedervereinigungs-Problem laboriert, gut getan. Der Votant verzichtet darauf, aus seinen statistischen Studien über das Baselbiet Einzelheiten vorzubringen und freut sich darüber, dass der heutige Modus, bei dem ein bestimmtes Thema nach verschiedenen Richtungen behandelt wird, nunmehr zu einer interessanten Abklärung über die Überalterung und das Altersversicherungs-Problem geführt hat. Schade, dass dies nicht schon vor 20 Jahren der Fall war, es wäre der Altersversicherung besser ergangen; aber vor 20 Jahren gab es eben noch keine Überalterung. Der Votant wirft die Frage auf, ob ein Einbau der Altersfürsorge in die staatliche Versicherung wirklich möglich sei, ohne dass die eine von beiden Schaden leide; an dieser Verquickung scheiterte ja gerade das Gesetz von 1931. Dieses Problem bedarf jedenfalls noch der Prüfung.

Dr. W. Bäggli, Wabern bei Bern: Wenn die Bevölkerungskapazität einer Volkswirtschaft eine schwer bestimmbare, problematische und eine mit dem Vorrat von unersetzlichen und unentbehrlichen Rohstoffen und mit der Struktur und handelspolitischen Situation des betreffenden Landes variable Grösse bleibt, so ist die Aufnahmefähigkeit einer nationalen Landwirtschaft bald einmal überschritten. Der bescheidene Spielraum für die Produktivitätserhöhung der Flächeneinheit, für die Aufnahme neuer Produktionsarten sowie die Starrheit und die Gebundenheit vieler der landwirtschaftlichen Kosten, setzen der Ertragsfähigkeit der Familienbetriebe relativ rasch eine Grenze, von der an ein weiterer Nachwuchs nur unter Preisgabe von Reserven tragbar ist. Ein Überschuss der landwirtschaftlichen Bevölkerung muss von einer bestimmten Geburtenzahl an in andere Erwerbszweige oder in andere Wirtschaftsgebiete abwandern und nimmt dabei auch Erbteile und Kosten der Erziehung mit. Bei erschöpften Bodenreserven erhöht ein Geburtenüberschuss und ein zunehmendes Überaltern einmal die Nachfrage nach Boden und bewirkt infolge der Ausdehnung des Wohnraumes und des Bodenverbrauchs für nichtlandwirtschaftliche Anlagen gleichzeitig eine Verminderung des Angebotes an Kulturland sowie eine Verlängerung der Unternehmergeneration. Eine Hebung der Zahl der Kleinbetriebe als Selbstversorgungswirtschaften älterer Leute ist dagegen nicht wahrzunehmen, da die Verstädterung und die wirtschaftliche Konzentration einer solchen Entwicklung entgegentreten.

Die landwirtschaftliche Bevölkerung lieferte in allen Ländern die Hauptmasse der zusätzlichen Bevölkerung. Nach den neueren Untersuchungen haben aber die Träger der Aktiven der Bevölkerungsbilanz finanziell schwer gelitten. Die Verschuldung ist dort weitaus am grössten, wo die Familien am zahlreichsten sind, weil das geltende Erbrecht, die Freizügigkeit des Kapitals und die steigenden Bodenpreise den auf der väterlichen Scholle Zurückbleibenden zu stark mit Krediten belastet. Die Inhaber verschuldeter Güter sind dann wieder gezwungen, möglichst zu rationalisieren auf Kosten der sozialpolitisch günstig wirkenden Zwergbetriebe, die vielfach von ihren Nachbarn aufgesogen werden. Die neuen Bodenrechte verringern eher die Mittel zur Ausstattung und Ausbildung der abwandernden Miterben, was natürlich die Geburtenquote nicht unberührt lässt. Dass in der Landwirtschaft in erster

Linie das ökonomische Moment die Geburtenziffer senkte, beweisen die Ergebnisse zahlreicher agrikolen Krisengemeinden, in denen die Geburtenquote von 1933/34 nur noch ein Drittel von 1905 betrug. Die für die Geburtenentwicklung ungünstig wirkenden, struktuellen und ökonomischen Verschiebungen äussern sich in zahlreichen Richtungen. Vor allem auch in einer gänzlichen Umschichtung bei der Kostenbildung, in der völligen Veränderung der Wirtschaftsstruktur und der Wertbeziehungen zwischen den Leistungen der verschiedenen Erwerbsgruppen. Hervorgerufen werden diese durch die organisatorische und gesetzliche Bindung vieler Preise und Kosten sowie durch das stärkere Hervortreten der Zwangskosten, denen sich der Einzelne gar nicht entziehen kann. Sowohl der bäuerliche wie der nichtbäuerliche Konsument kann in der heutigen Entwicklungsstufe und Organisation der Wirtschaft nicht unter ein gewisses Ausgabenniveau gehen. Auch die Hausfrau wird trotz allen andern Erleichterungen durch viele Erzeugnisse der modernen Wirtschaft — die immer wieder Arbeitsgelegenheiten sind — stark beansprucht und belastet. Wir sind daher keineswegs überrascht, wenn die Massnahmen verschiedenster Staaten zu Gunsten einer grösseren Geburtenzahl nicht erfolgreich waren. Sie konnten dies gar nicht sein, weil sie nicht derart ausgebaut waren, um die jahrzehntelange Entwicklung der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen den einzelnen Erwerbsgruppen, Berufsständen und Sozialklassen korrigieren zu können. Mehr als die Bequemlichkeit hat auch die moderne soziale Struktur den Geburtenrückgang gefördert. Die einseitige Vermögens- und Einkommenslagerung, die daraus resultierende wirtschaftliche Abhängigkeit der grossen Volksmasse sind eine wichtige Ursache der kleinen Geburtenziffer besonders des Mittelstandes. Sie ist gleichsam ein stummer Protest gegen die unausweichliche Verkettung des wirtschaftlichen Schicksals des Einzelnen mit der Gesamtheit und die immer mehr erschwerte Verselbständigung der jungen Leute. Am wenigsten drückt diese Abhängigkeit in einem schuldenfreien Landwirtschaftsbetrieb, in dem aber gerade zur Sicherung dieses Zustandes vielfach auf eine grosse Nachkommenschaft verzichtet wird. Sehr wichtiger Bestimmungsgrund ist sodann der Lebensstil jener Kreise, die durch Geburt, Beziehungen, Fähigkeit, Macht usw. in günstige Einkommensverhältnisse versetzt wurden. Diese Kreise und kinderlosen Ehepaare stellen den äussern Glanz ihrer Lebenshaltung oftmals sehr wenig taktvoll zur Schau, sie wirken auch durch das Bestreben, sich von den andern Klassen möglichst abzuheben, ungünstig und reizen zur Nachahmung auf Kosten der Aufwendungen für den Nachwuchs. Ob das Ein- oder Zweikindersystem auch mehr asoziale Typen hervorbringt, wollen wir hier nicht näher untersuchen. Ein gutes Stück des Geburtenproblems liegt also in der Psyche des sozialen Zusammenlebens. Einzelmassnahmen und kleine Erleichterungen vermögen diese Einflüsse kaum wesentlich zu korrigieren. Eine gewisse Erhöhung der Geburtenquote kann vielleicht in den kommenden Jahrzehnten dadurch ausgelöst werden, dass spätere Generationen, die mitansehen, wie kinderlose Personen im Alter von der Gnade fremder Leute abhängig sind, sich wieder eher für Nachkommen entschliessen, die ihnen doch eine gewisse Gewähr für eine Fürsorge in Tagen

der körperlichen und seelischen Hilflosigkeit garantieren. Rein biologisch sind übrigens die Voraussetzungen für eine rasche Korrektur der Bevölkerungsbilanz keineswegs ungünstig. Für die Landwirtschaft werden sich aus der Überalterung zweifellos gewisse Verschiebungen beim Absatz ihrer Produkte ergeben. Eine absolute Abnahme der Aufnahmefähigkeit des Marktes braucht jedoch nicht ohne weiteres einzutreten, sofern die wirtschaftliche Gunst das mittlere Einkommen der Konsumenten zu heben vermag. Ein gewisser Minderkonsum von Milch kann wenigstens zeitweise durch vermehrten Verbrauch von Butter und Käse, Gemüse und Obst ausgeglichen werden. Die zu erwartende Knappheit besonders an weiblichen Dienstboten wird anderseits in der Landwirtschaft doppelt schwer empfunden und auch viel schärfere Formen annehmen als in der übrigen Hauswirtschaft und wahrscheinlich die Geburtenzahl der Bauernfamilien zusätzlich beeinträchtigen. Schwer abzuwägende Umstellungen können sich noch auf dem Kapitalmarkt zeigen. Ein zunehmender Anteil der normalerweise nicht mehr erwerbenden Altersklassen bedingt ein vermehrtes Liquidationsbedürfnis von Guthaben. Ob dieses durch die ebenfalls vergrösserte Sparquote kompensiert werden kann, ist möglich, jedoch nicht sicher, denn es ist in diesem Zusammenhang auch darauf hinzuweisen, dass der heutige Stand der Wirtschaft eine Strukturwandlung bei den wichtigsten Anlagemöglichkeiten mit sich bringen muss, was für den landwirtschaftlichen Hypothekenmarkt nicht ohne Belang sein wird.